eische Gesetzsammlu

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 25. September 1933

Mr. 61

Tag	Inhalt:	te
22. 9. 33.	Geset gur Anberung bes Staatsministergesets vom 26. April 1933	55
22. 9. 33.	Gefet fiber eine vorläufige Bereinfachung ber Berwaltung ber hauptstadt Berlin	56
22. 9. 33.	Geset über bie Anberung von Dienstbegügen im Bereich ber Bereitschaftspolizei	57
Befannt	machung ber nach bem Gesetze vom 10. April 1872 burch bie Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urfunden usw	57

Gefet zur Anderung bes Staatsminiftergefetes bom 26. April 1933 (Gejetsamml. S. 123). binzen vom II. Mai 1853 (Sejehlammi S. 261) jinde Laupistadi Berlin infoweit teine Autoendunia (als no Bom 22. September 1933.

Das Preußische Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen: 316 1100 1100 1100 1100

Artifel I.

§ 3 Abf. 1 des Gesethes über die Gleichschaltung der Rechtsverhältnisse der Staatsminister mit den Rechtsverhältnissen der Reichsminister (Staatsministergeset) vom 26. April 1933 (Geseh= famml. S. 123) erhält folgende Fassung:

Die Staatsminister leisten bei der übernahme ihres Amtes vor dem Reichskanzler folgenden Eid:

Ich schwöre: Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes ein= jeten, Verfassung und Gesetze wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen.

Artifel II. 2 and moon gundenanne mist 1 300

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Berkundung in Kraft.

Berlin, den 22. September 1933. gold gundantent aid pro mod tim till gold and

Das Breukische Staatsministerium.

Göring. Popit.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkiindet.

Berlin, den 22. September 1933.

Für den Reichstanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

Nr. 13993.) Geset über eine vorläufige Vereinsachung der Verwaltung der Hauptstadt Verlin. Bom 22. September 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschloffen:

Artifel I.

§ 1.

Die Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung der Hauptstadt Berlin gehen auf den Stadtgemeindeausschuß, die Zuständigkeiten der Bezirksversammlungen der Verwaltungssbezirke der Hauptstadt Berlin auf die Bezirksämter über.

\$ 2.

Die Vorsitzenden der Bezirksämter, ihre Stellvertreter und die Mitglieder der Bezirksämter werden von dem Oberbürgermeister ernannt. Sie bedürfen der Bestätigung (Einweisung) nach Maßgabe des Gesetzes über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 23. Juni 1933 (Gesetzsamml. S. 217).

§ 3.

(1) Die Borschrift des § 39 zweiter Halbsatz der Städteordnung für die sechs östlichen Propinzen vom 30. Mai 1853 (Gesetzsamml. S. 261) sindet auf die Stadtverordnetenversammlung der Hauptstadt Berlin insoweit keine Anwendung, als nach dieser Vorschrift einem Viertel der Mitsglieder zusteht, die Zusammenberufung der Versammlung zu verlangen.

(2) Regelmäßige Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen

finden nicht statt.

\$ 3 206. 1 bes Gesetes über bie Gleich & luma

Soweit Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen bisher einer Genehmigung bedurften, gilt dies auch für die von dem Stadtgemeindeausschuß und den Bezirksämtern gemäß § 1 gesaßten Beschlüsse gleicher Art.

Artitel II.

§ 5.

Soweit Vorsitzende der Bezirksämter, ihre Stellvertreter oder Mitglieder der Bezirksämter durch die Bezirksversammlungen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits gewählt sind, findet § 2 Sat 1 keine Anwendung, wenn ihre Einweisung erfolgt.

man ni Artifel III. anno mod ilm mir moleto poleto

8 6.

Das Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

\$ 7.

Der Minister des Innern erläßt die zur Durchführung und Ausführung dieses Gesetzes ersorberlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

Berlin, den 22. September 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring

zugleich als Minister bes Innern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 22. September 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Prenfische Ministerpräsident.

Göring.

(Ar. 13994.) Geset über die Anderung von Dienstbezügen im Bereich der Bereitschaftspolizei. Bom 22. Sebtember 1933.

Das Staatsminifterium hat das folgende Gesetz beschloffen:

§ 1.

Die Beamten der Besoldungsgruppen A 10 c 2 und A 10 c 3 der Besoldungsordnung für die planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten (Anlage 1 zum Preuß. Besoldungsgesetz vom 17. Desember 1927 — Gesetzsamml. S. 223 —) rücken auf Grund ihres Besoldungsdienstalters in den Dienstaltersstusen nicht auf.

8 2.

Ein übertritt von Beamten der Besoldungsgruppe A 10 c 3 in die Besoldungsgruppe A 10 c 2 nach vier Dienstjahren findet nicht statt.

8 3.

Die vom 15. August 1933 ab eingestellten Polizeianwärter erhalten eine jährliche Grundvergütung von $1080~\mathcal{R}M$.

8 4

- (1) Die einmalige Dienstbelohnung auf Grund der Berordnung vom 19. Juli 1928 (Gesetzfamml. S. 189) wird nur noch in Höhe von 300 'AM gezahlt.
 - (2) Mit Wirkung vom 1. April 1934 ab wird die genannte Verordnung aufgehoben.

\$ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Berkundung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 22. September 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring

Popit.

zugleich als Minister bes Innern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 22. September 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Breußische Ministerpräsident.

Göring.

Bekanntmachung.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. Juli 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die "Eintracht", Braunkohlenwerke und Brikettsabriken in Welzow N. L. für den Weiterbetrieb des Braunkohlenwerkes Werminghoff

durch das Amtsblatt der Regierung in Liegnitz Nr. 32 S. 211, ausgegeben am 12. August 1933;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 21. August 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Wolf für den Ausbau eines Weinbergswegs durch das Amtsblatt der Regierung in Trier Nr. 36 S. 111, ausgegeben am 9. September 1933.

Herlags-Aftiengesellschaft Berlin,

Verlag: N. von Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W.9, Linkstraße 35. (Postschecksonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preußischen Geseigiammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1, — NM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden.

Breis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Apf., dei größeren Bestellungen 10—40 v.h. Preisermäßigung.

(98e. 13996) Gefeh über die Linderung von Dienstbezügen im Wereich der Bereitschlicheltzbolizel. Bom 22. Ceptember 1938.

Das Staatsministerium hat das solgende Gesetz beschlossen:

Die Namten der Besoldungsgruppen A 10 o 2 und A 10 o 3 der Besoldungsordnung sür die planmäßigen unwittelharen Staatsbeamten (Anlage 1 zum Preuß. Besoldungsgesetz von 17. Dezember 1927 — Geseismml. E. 223 —) rüden auf Ernnd ihres Besoldungsdienstalters in den Dienstaltersstufen nicht auf.

Ein Übertritt von Beamten der Befoldungsgruppe A 10 a 8 in die Befoldungsgruppe A 10 a 2 nach vier Dienklahren findel nichtstatt strastlates auf samme der Verlahren von nach von der

vergötung von 1080 R.A.

(1) Die einmalige Dienschonung auf Erund der Verordnung vom 19. Zuli-1928 (Geschen fommit. S. 188) mird pur noch in Höhe von 390 AM gesahlt, mirde pur vom der inde Os man namen.

fieber gujiehr, die Nufammenbermium der Berfonsnium zu verlangen.

Dieses Geset tritt mit dem auf die Verkündung solgenden Tage in Krast.

Berlin, den 22. Sehlember 1983. deid normannigrasslanger zu dan panthering Stantsministerium Das Arendales Stantsministerium

deed to the state of the state

jugleich als Winister bes Junern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesey wird hiermit verkündet.

Bertin, den ill. Saptember A1963. Gebreiter die estein beiter den Bertingen ist winden bei Bertin, den ille bei ber in der den in der der in der der in der der in der der in der

But oth sampannyers.

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

The second secon

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetssammt. S. 857) sind bekanntgemacht:

1. der Erlog des Preugischen Staatsministeriums dom 26. Just 1933 über die Verleihlicht des Entelginugsrechtstam der "Eineraht", Brounkollenwerke und Brikeitsabriken in Welzon R. L. Jür den Weiterbetrieb des Braunkohlenwerker Werminghoff

burch das Amtsblatt der Regierung in Liegnih Ar. 92 S. 211, ausgegeben am 12. August 1983; time Liber Gelah des Preuhildren Statistitusseritusse vom 21. August 1983

noer die Verleihung des Enteignungsrechts au die Gemeinde Wolf für den Ausbair eines Weinbergswegs

durch das Elmisblati der Regierung in Trier Nr. 36 3. 111, ausgegeben am 9. September 1988

Herausgegeben vom Preuftischen Stantominificatum. —Drud: Preufische Drudereb und

Verlag: N. von Verter & Verlag, G. Schend, Berlin A. J. Linkfreche BS. (Politicalia Berlin 205.9.) Den laufenden Bezug der Preuhlichen Geresiannehung vermitielte uns die Estlängfalten (Verlagkurels 1,— NK. vierrelspiriäh); etnielne Kunnumern und Jahrenger (auch läure) Wanen unmittelbar von Kerlag und durch den Buchhandel besagen nerkenn Preis für ven amfeingen Bogen oder ven Bogenich worde, von größeren Acheilungen is. M. Areisernößenen